4324 27.09.1930 Lo

A:
T: Skandalöses Lehrer-Ernennungsverfahren

FEVR. 30

Ubreißkalender

Es gibt Skandale, die Skandale sind, weil sie den Gesetzen Hohn sprechen.

Sie sind schon sehr schlimm.

Viel schlimmer aber sind Skandale, die durch ein Gesetz vorgeschrieben werden.

Ein solcher Skandal wirkt sich grade in diesen Wochen im Lande Luxemburg aus.

In diesen Wochen begegnet man die Kreuz und Quer im Lande, im Zug, im Autobus, zu Fuß auf der Landstraße, des Morgens in der Früh und spät in die Nacht hinein den Unglücklichen, die eine Stelle als Lehrer oder Lehrerin suchen.

Sie hängen am Telephon und warten mit Herzklopfen auf Nachricht, ob sie heute nachmittag in Dingsdorf ernannt wurden, denn wenn sie in Dingsdorf durchgefallen sind, müssen sie das Kreuz noch einmal auf sich nehmen und in der Gemeinde Dingsbach (fünf Sektionen und drei Hofgüter, auf deren einem der Bürgermeister wohnt, der nie zuhause ist) die Klinken aller Gemeinderatsmitglieder drücken.

Für die jungen Lehrer ist das schon eine Fron, die ihnen die Freude am Beruf vergällen könnte.

Für die jungen Lehrerinnen ist es noch viel schlimmer.

Schon das Reisen. Muß so ein Kandidat bis in die Nacht hinein von Dorf zu Dorf strampeln, um dann den Bescheid zu erhalten, der Herr Konzelljer sei noch nicht zuhaus oder sitze in der Dorfschenke bei einer Partie Whist, so kann der Kandidat sich an den Wirtstisch setzen und warten, bis der Dorfgewaltige heimkommt oder bis die Partie Whist aus ist.

Die junge Lehrerin kann das nicht. Sie weiß nicht, wo sie warten soll, bis der Mann, der ihr Schicksal mitbestimmen wird, vom Feld oder aus dem Wirthaus heimkommt.

Der junge Lehrer ist bei einem Gemeinderat, der nur aus Männern besteht, vor erotischen Anfechtungen sicher. Die junge Lehrerin nicht immer. Es kann vorkommen — und ist vorgekommen —, daß sie in dieselbe Klemme gerät, in die der junge Lehrer geraten würde, wenn die Frau Putiphar im Gemeinderat Sitz und Stimme hätte. Es ist eines Kulturstaates unwürdig, daß er solchen Möglichkeiten Tür und Tor öffnet. Das läßt man sich höchstens gefallen, wenn für eine Revue Tanzgirls gesucht werden.

Von wo immer man dieses Lehrer-Ernennungsverfahren sich ansieht, überall erregt es zum mindesten Achselzucken.

Die zuständige Unterrichtsbehörde, die über Eignung und Verdienst der Kandidaten und Kandidatinnen am besten Bescheid weiß, schlägt drei Kandidaten vor, nach Punkten: Einen ersten, einen zweiten, einen dritten. Der Gemeinderat wählt nicht immer den ersten, sehr oft den zweiten oder dritten. Weil der dritte vielleicht der Sohn des Vetters eines Onkels des Schwagers des Herrn Bürgermeisters oder des Herrn Pfarrers ist oder weil er vom Domkapitel protegiert wird. Politik!

Oben im Staat wird es vernünftigerweise umgekehrt gemacht. Da schlägt die politische Körperschaft ihre Kandidaten für Staatsrat oder Rechnungskammer vor, und es geschieht selten oder nie, daß die Reihenfolge der Kandidaten bei der Ernennung nicht den Ausschlag gibt.

Also in der Gemeinde siegt die Politik über die reine, unparteiliche Sachlichkeit. Und zwar in einer Sache, von der die Politik in der Regel sehr wenig versteht und von der sie am besten die Finger ganz fortließe.

Auf andern Gebieten, auf denen der dörfliche Interessentenkreis viel besser Bescheid weiß, läßt er sich die Vormundschaft des Staates gerne gefallen, so zum Beispiel bei der Ernennung der Baukondukteure und Straßenwärter, der Akzisen- und Steuerbeamten, Briefträger u. s. w.

Auf demjenigen geistigen Gebiet, das in der Kindererziehung dem Unterricht die Wage hält, werden die Beamten vom Bistum ausgewählt und die Pfarrkinder haben dazu einfach Ja und Amen zu sagen.

Einzig und allein da, wo es um die Bildung der geistigen Schicht der Zukunft geht, wird die Entscheidung der kleinlichsten Partei-Intrige überlassen.

Führt ein Weg aus dem Sumpf heraus? Gesetzesänderung? Wäre dafür eine Mehrheit in der Kammer zu haben?

Ginge es vorläufig nicht, daß die Gemeinden mit etwas höherem Niveau sich das Wort gäben, die Kandidatenbesuche ausdrücklich zu verbieten und sich im Prinzip an die Vorschläge der Unterrichtsbehörde zu halten? In Amerika gab es einmal Krieg zwischen Nord und Süd wegen Abschaffung der Sklaverei. Warum sollen wir uns nicht wegen einer Sklaverei, die eines zivilisierten Landes unwürdig ist, in einen kleinen Krieg stürzen, der hoffentlich dann auch mit dem Sieg der guten Sache endigen wird!

Samedi 27.9.1930